

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa,
Gesetzl. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Bürgermeisters Riesa und des Hauptstaatsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulaf. Nr. 52.

Nr. 250.

Dienstag, 26. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends $1/6$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Druckabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Ermäßigter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Liquidation gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abgabige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postanstalten oder der Fernsprecheinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditrich, Riesa.

Deutschland — Polen.

Der derzeitige polnische Minister des Auswärtigen Jaleski hat dieser Tage vor polnischen Pressevertretern eine Rede gehalten, die ein demokratisches Berliner Morgenblatt als vorzüglich bezeichnet. Nehmen wir diese Rede des polnischen Außenministers einmal unter die kritische Lupe. Herr Jaleski gibt seiner Meinung darüber Ausdruck, daß sich in letzter Zeit, nach seiner Ansicht natürlich, Stimmen jenseits der Grenze hörbar gemacht hätten, die in der Erfassung des polnisch-deutschen Problems einen außerordentlich sachlichen Gesichtspunkt zu wahren versuchten. Er ist davon überzeugt, daß, falls es gelingen sollte, dieser Wesenheit eine bleibende und allgemein gültige Form zu verleihen, gerade durch sie der Weg zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit beider Völker angebahnt werden könnte. Gegen diese Worte des polnischen Außenministers hätten wir nichts einzuwenden. Es kommt allerdings darauf an, was Herr Jaleski sich unter der Erfassung des polnisch-deutschen Problems vorstellt. In Sorcarno haben unsere deutschen Vertreter zu erkennen gegeben, daß sie bereit sind, durch ein sachliches Mitwirken an der Lösung der europäischen Krise ihr Teil zur Wiederherstellung anderer Kontinuitäten beizutragen. Deutschland hat sich seiner dazu entschlossen, trotz großer Bedenken Mitglied des Völkerbundes zu werden. Was aber besagt, daß es neben den Pflichten, die es durch seine Mitgliedschaft übernimmt, auch die Rechte im Anspruch zu nehmen gedenkt, die ihm durch das Statut des Völkerbundes gewährleistet sind. Wenn unsere Beziehungen zu dem benachbarten Polen im Laufe der acht Jahre nach Beendigung des Weltkrieges sich nicht besser gehalten hätten, so trägt weniger die unbillige Grenzveränderung des Versailler Vertrages dazu bei, als mehr die ausgesprochen aggressive Politik, die Warschau Deutschland gegenüber stets angewandt hätte. Man darf im Zusammenhang hiermit die Deutschenversorgungsfragen in Polen erwägen; überhaupt die feststehende Auffassung, die Warschau dem Minderheitenproblem entgegenbringt, und schließlich auch die Tatsache, daß Polen sich nicht an Verpflichtungen gebunden anseht, die ihm als Mitglied des Völkerbundes auferlegt sind. Der Gorzowwisaufstand dürfte hinreichend illustrieren, wo der Grund zu suchen ist, der ein ungünstigeres Verhältnis zwischen den beiden benachbarten Völkern nicht aufkommen lassen will.

Wenn man sich den Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen vor Augen führen will, so hat man sich einmal zu vergegenwärtigen, welche Rolle dem polnischen Staat durch den Versailler Friedensvertrag substatuiert worden ist. Da die Fassung des Versailler Vertrages in der Hauptsache französischem Einfluß entsprang, so hat man auch in Paris den Reiz zu erkennen, der Polen die Rolle zuerhellte, die es zu spielen hat. Die Aufgaben Warschaus haben eine ausgesprochen aggressive Spitze gegen Deutschland. Nicht nur zum Schutze des jungen polnischen Staates selbst, als mehr zur Garantie des Versailler Friedensvertrages, der Frankreichs Hegemonie in Mitteleuropa vereinigen soll. In Polen hat man also eins der wichtigsten und unerträglichsten Glieder der Ketten zu erkennen, die Deutschland am Boden festhalten soll. Da, wie gesagt, diese Kette unerträglich ist, so ergibt sich schon aus dieser Tatsache die tiefere Ursache eines deutsch-polnischen Gegensatzes. Daß dieser Gegensatz durch polnische Gehässigkeit, Unbilligkeit, durch einen chauvinistischen Machtmissbrauch verklärt wird, ist nicht unsere Schuld.

Die so „verföhnlichen“ Worte des Herrn Jaleski können wir daher nicht als ein unsere Adresse gerichtet ansehen. Deutschland hat stets zu erkennen gegeben, daß es bereit ist, sachlich an der Befestigung von Mißverständnissen mitzuwirken. Wenn der polnische Außenminister mit seiner Rede sagen will, daß die Warschauer Regierung zu der Erkenntnis gelangt ist, nunmehr sich selbst einer sachlichen Prüfung der deutsch-polnischen Gegensatzes befähigen zu müssen, so würden wir einen solchen Meinungsänderung innerhalb der polnischen Regierung sehr begrüßen. Aber an einen solchen Meinungsänderung können wir schwer glauben. Wenn Herr Jaleski von der Notwendigkeit spricht, daß Anforderungen auf beiden Seiten gemacht werden müßten, so dürfte er wohl der Meinung sein, daß Polen solche Anforderungen nicht mehr notwendig hat. Denn er spricht im weiteren Verlauf seiner Rede von der Ausprägung feindlicher und unrichtiger Nachrichten, deren Ursprung er wohl kaum in seinem Land suchen will. Die Tendenz seines Rede dürfte daher vollkommen klar sein. Sie ist etwas Honig, etwas Zuckerbrot, aber in ihrem Inhalt will sie so wenig von dem geändert werden, was bisher Warschauer Politik blieb. In diesen Tagen las man im Journal de Genève ein Warschauer Telegramm, das in Deutschland begehrte Ueberraschung ausgedrückt haben dürfte. Es wird in diesem Warschauer Telegramm gesagt, daß seit längerer Zeit gewisse deutsche Kreise Polen den Austausch von Klauen und Remels gegen den Korridor und Danzig anbieten. Dieses bekannte und wiederholte Angebot hätte im polnischen Volke eine „allgemeine wahrhaft Enttäuschung“ hervorgerufen. Deutschland verlange durch ein solches Angebot, daß Polen ein Land herausgäbe, das ihm gehöre, und welches von Polen bevölkert sei, um dafür ein Land zu erhalten, das von einer anderen Rasse bevölkert sei, und dessen Markt noch unbenutzt erobert werden müsse. Der so veröhnungsbereite Herr Jaleski wird mit uns gewiß der Ueberzeugung sein, daß es sich mit dieser Warschauer Meldung um eine der von ihm gekennzeichneten „feindlichen und meist unrichtigen“ Nachrichten handelt. Wir haben jedoch festzustellen, daß diese Feindschaft wohl kaum ihren Ursprung in Deutschland haben dürfte. Diese letzte Feindschaft ist so plump ungeschicklich, tendenziös und aller Wahrscheinlichkeit hat, daß man sie schwerlich als einen der üblichen „Versöhnungsversuche“ bezeichnen kann. Eben nur als eine handgreifliche unmißverständliche, gefällige Feindschaft.

fest. Der polnische Außenminister hat eine „verföhnliche“ Rede gehalten. Schneller als er vielleicht gedacht hat, ist er nun in die Lage gekommen, eine Folgerung aus dieser Rede zu ziehen. Diese Folgerung ist unsere Erwarten in einer recht kräftigen und durchgreifenden Reinigung der politischen Atmosphäre zu sehen, die um Warschau gelagert ist. Er befinne mit der Reinigung dieses Augapfels. Das wäre immerhin eine wirkungsvollere Arbeit, als die, Reden zu halten, die uns Sonntag um den Mund schmierien, und unserer Verständigungsberedtheit nichts nützen.

Ein französischer Versuchsballon?

Paris. Die Weltmeister Gazette behauptet, es bestünde ein französischer Plan, daß nach dem Scheitern der Mobilisation der deutschen Eisenbahnen in den Tagen der Rheinlandsbesetzung und des Saargebietes entgegenkommen wolle, wenn Deutschland dafür politische Gegenleistungen mache. Dierunter ist wohl die Garantierung der jetzigen Ostgrenzen durch Deutschland zu verstehen. In diesem angeblichen Plane Frankreichs darf man wohl nicht anderes sehen, als einen französischen Versuchsballon, die deutschen Zustände auf Grund des Thoiry-Programms auf das politische Gebiet hinarbeitet. Man darf daran erinnern, daß auch andere französische Korrespondenten, wie z. B. Sauverain, schon gefordert haben, daß Deutschland Kompensation durch die Garantierung der Ostgrenzen mache. In dem Locarno-Vertrag ist Deutschland nur soweit entgegengekommen, daß es erklärt hat, die Ostgrenzen niemals auf gewaltsamen Wege, sondern nur auf Grund von Schiedsverträgen ändern zu wollen. Das es sich um einen Versuchsballon handeln kann, ist schon daraus zu vermuten, daß die Meldung von diesem französischen Plan über London an die Öffentlichkeit gebracht wird. Wenn wirklich solche französische Pläne in dieser Richtung vorliegen könnten, so wären sie sicherlich direkt von Paris bekanntgegeben worden. In Stellen in Berlin, die etwas davon wissen müßten, ist von einem solchen französischen Plan nichts bekannt.

Doch ein Erzbergermörder verhaftet?

Paris. (Funkdruck.) In Bestätigung der gestern umlaufenden Gerüchte von der Verhaftung eines Erzbergermörders berichtet Journal aus Colmar: Die Polizei hat am Sonntag nachmittag einen Mann, der sich Journier nannte und als Straßburger ansah, festgenommen. Journier, der einer der Haupturheber der Ermordung Erzbergers sein soll, hat sich im vergangenen Juni in Colmar niedergelassen; er wohnte zusammen mit einer Kellnerin aus dem Saarland. Vor zwei Wochen hat Journier, der sich in der ersten Zeit sehr unauffällig verhielt, mit einem Landsmann namens Bing die „Eclairische Garage Bing & Co.“ errichtet. Der Polizei zugegangene Mitteilungen über seine Geschäfte veranlaßten eine unauffällige Untersuchung, durch die festgestellt wurde, daß der angebliche Journier ein Deutscher ist. Es ist noch nicht ermittelt, woher und auf welche Weise er nach Frankreich gekommen ist. Der Festgenommene hat bisher jede Heubildung über seine angebliche Teilnahme an der Ermordung Erzbergers und über die Herkunft der bei ihm vorgelagerten in dieser Hinsicht kompromittierenden Papiere abgelehnt. Diese Papiere beweisen, wenn nicht eine Beteiligung an der Ermordung Erzbergers, so doch eine engen Beziehungen zu den Elementen, die die Urheber der Ermordung Erzbergers sind.

Zur Stabilisierung der belgischen Währung.

(Brüssel. Meldung der Belgischen Telegraphenagentur.) Um die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Tatsache zu lenken, daß die belgischen Geldverhältnisse nunmehr saniert sind und zwar auf Grund einer Gold- oder Devisenreserve von mindestens 50 Prozent, von denen 40 Prozent die gesetzliche und 10 Prozent die Ergänzungreserve bilden, war ein äußeres Zeichen notwendig, das den Unterschied zwischen der bisherigen und der künftigen Währung offenbar macht. Die zu Rate gezogenen höchsten Finanzautoritäten waren der Meinung, daß man das Frankennutzsystem beibehalten, aber das Geld nach einer Einheit von fünf Franken zählen sollte, der man den Namen „Belga“ beilegen würde. Es versteht sich von selbst, und der königliche Erlaß wiederholt es formell, daß die Berechnung in „Belga“ den Garantien oder dem gesetzlichen Wert des Franken keinen Abbruch tut, und daß fünf Franken stets gegen eine „Belga“ umgewechselt oder verrechnet werden und umgekehrt. Da die Festigkeit des Wechselkurses für die Reform wesentlich ist, bildet die „Belga“ eine Garantie mehr für die Stabilität der Währung.

Brüssel. Der Gouverneur der Nationalbank legte vor den Vertretern der Hauptbanken den von der Regierung angenommenen Plan zur Stabilisierung der belgischen Währung dar und zählte die Gold- und Kreditreserven auf, über die die Nationalbank zur Verwirklichung dieses Planes verfügen wird. Die Bankvertreter erklärten sich einstimmig mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden.

Brüssel. Die Pressemeldungen, nach welchen Ministerpräsident Francqui noch einige Zeit im Amte bleiben werde, um das Werk der Währungsstabilisierung auf eine feste Grundlage zu legen, werden von verschiedenen Seiten bestätigt. Es gelte zum wenigsten als sicher, daß sich Francqui nicht vor Ende des Jahres zurückziehen werde. Andererseits habe man keine Veranlassung zu der

Vannahme, daß während der Uebergangsperiode die Sozialisten auf die Mitarbeit in der Regierung verzichten werden.

Deutschlands Notenwechsel mit Belg.

Die v. Seckis Stellung unterwirft wurde.

Berlin. Den neuesten Beschlüssen der Vorkonferenz in der Entlohnungsfrage ist, wie dem „Montag“ aus Paris gemeldet wird, in den letzten Septembertagen ein Notenwechsel zwischen General Walsh und der deutschen Regierung vorausgegangen, der die Organisation des militärischen Oberkommandos und die Ausbildung der Reichswehr mit den Waffen behandelt, die ihr durch den Versailler Vertrag verboten sind. Die Reichsregierung hatte gegen die Forderung der V.-V.-A., die Generalinspektion der Reichswehr einem der beiden Reichswehr-Gruppenkommandeure zu übertragen, Einspruch erhoben. General Walsh wies die deutsche Einwendung zurück und betonte, daß die Vorkonferenz mit ihrer Forderung nicht absegnen habe, ein neues Oberkommando der Reichswehr zu schaffen, da das durch den Versailler Vertrag verboten sei. Es komme ihr nur darauf an, dem Chef der Vorkonferenz zur Zeit des Notenwechsels General Seckis, die Ausübung einer Kommando-gewalt über die Reichswehr auch tatsächlich zumutlich zu machen. Dafür biete die letzte Regelung der Kommando-gewalt der Reichswehr durch den Erlaß des Reichspräsidenten vom Januar 1926 der Vorkonferenz keine ausreichende Gewähr. Gleichzeitig damit soll General Walsh der deutschen Regierung mitgeteilt haben, daß er den abtenden Standpunkt der deutschen Regierung in beiden Fragen zur Kenntnis der Vorkonferenz bringen und dieser die Regelung überlassen werde.

Deutscher Tag in New York.

Die Wahrheit über die Kriegsurachen.

New York. Professor Barnes vom Smith-Colleg hielt hier bei der Feier des Deutschen Tages einen ausführlichen Vortrag über das Kriegsschuldproblem, das er auf Grund von Dokumenten und Tatsachenmaterial analysierte. Er bezeichnete den Friedensvertrag von Versailles als ungerecht und wirtschaftlich unerschütterlich und verlangte Rückkehr zu den vierzehn Punkten Wilsons und einen im Einklang mit ihnen liegenden Wiederaufbau Europas. Der unter den Auspizien der vereinigten deutschen Gesellschaften und der Studien Society und unter sehr großer Teilnahme der Bevölkerung im Reccecampel stattfindenden Feier wohnten zum ersten Mal Vertreter der Bundesmarine und des Bundesheeres bei: Admiral Munstedt, Kommandeur des III. Marinebezirks, vertrat die Marine, Kaiser Johnson vom Stabe des Generals Summeral vom New Yorker Korpsbeirk die Bundesarmee.

In ihren Ansprachen rühmten Munstedt die Ziele der Studien Society, Johnson die deutsche Kunst und Wissenschaft und die Kraft der deutschen Rasse. Bürgermeister Walker feierte die Bürgergutenden der Deutsch-Amerikaner. Er wies auf die Gostfreundschaft hin, die seine Frau in Deutschland genossen habe und meinte unter scherzhafter Anspielung auf das Prohibitionsgebot und auf die von Frau Walker in Hamburg vorgenommene Schiffstaufe: Meine Gattin ging nach Deutschland, um eine Flasche zu beschaffen. Hätte sie meinen Rat befolgt, so hätte sie die Flasche nicht gerührt, sondern mitgebracht. Richter Oberwager wies in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Festrede auf die neuerwachte Begeisterung für die deutsch-amerikanische Sache hin und sagte: Die Deutschamerikaner kämpfen wieder mit offenem Bisher für deutsche Kulturfragen und treten aus der Defensive in die Offensive. Er gedachte der erneuten Versuche von gewisser Seite, die germanischen Rassen zurückzudrängen und schlug einen Protest gegen die geplante Beschränkung der deutschen Einwanderung vor. Die Anwesenden billigten einstimmig seine Anregung.

New York. In seiner Rede bei der Feier des Deutschen Tages sagte Barnes noch, die Frage der Kriegsschuld müsse unter Ausschaltung nationaler Sympathien behandelt werden. Die gegenwärtige Lage Europas habe ihre Ursache im Versailler Frieden und in der Ebfese von der Alleinschuld Deutschlands. Diese Frage könne angesichts ihrer Bedeutung für die Lage in Europa nicht übergangen werden. Barnes betrachtete die Kriegsurachen von verschiedenen Gesichtspunkten aus und erklärte, soweit Militarismus und Handelskonkurrenz als Mitursachen in Betracht kämen, verteile sich die Schuld auf alle Völker. Dasselbe gelte hinsichtlich der diplomatischen Entwicklung von 1870 bis 1912. Barnes besprach dann die diplomatischen Ereignisse von 1912 bis 1914 und führte unter Hinweis auf die französische Politik gegenüber Rußland aus, für diesen Zeitraum seien Frankreich und Rußland verantwortlich. Zur Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand bemerkte er, gewisse Kreise in Rußland und Serbien hätten um den Krieg plan gewußt. Rußland habe den Krieg gewollt und Frankreich habe es unterlassen, Rußland zurückzuhalten. Deutschland und England seien 1914 die einzigen Länder gewesen, die den Krieg nicht gewollt hätten. Barnes äußerte sich dann über die ausweichende Haltung Ozeas und ermahnte die Deutschen und Deutschamerikaner, geduldig abzuwarten und extreme Erklärungen zu vermeiden. Der Tatbestand verstände sich selbst schließlich Geltung. Graf Luckner, Kommandant der Vaterland, sprach dann über seine Mission.